

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 8038/39  
Telex: 888 848 ppbn d  
Telefax: 21 0864

## Inhalt

Horst Peter MdB zur  
Etablierung eines  
Schattenstaats aus  
Bundeswehr und BND:  
Außer Kontrolle.

Seite 1

Barbara Weiler MdB zur  
Studie des Bundesmi-  
nisteriums für Bildung  
und Wissenschaft, die  
die Benachteiligung  
von Künstlerinnen be-  
stätigt: "Skandalchronik  
der Nichtachtung krea-  
tiver Frauen".

Seite 3

### Dokumentation

Dr. h.c. Heinz Galinski  
sprach in einer Ge-  
denkstunde zur  
Reichspogromnacht in  
Berlin. Auszüge aus  
seiner Rede

Seite 4

46. Jahrgang / 215

11. November 1991

### Außer Kontrolle

Zur Etablierung eines Schattenstaats aus Bundeswehr und BND

Von Horst Peter MdB

Jetzt wird versucht, die Panzeraffäre kleinzureden und in der Flut all-täglicher Nachrichten untergehen zu lassen. Der materielle Kern, die euphemistisch als waffentechnische Zusammenarbeit umschriebene Mossad-Connection des BND, ist nur ein Problem zweiter Ordnung. Aber immerhin: Über solche Waffenschieberdeals wurde die beanspruchte Moralität der DDR unterminiert, brach die letzte SED-Regierung zusammen.

Die skurrilen Elemente dieser Mossad-Connection wie die Ironisierung und Modernisierung der Formel der DDR-Friedensbewegung "Panzer zu Landmaschinen" geben nicht zur Besorgnis Anlaß. Seit der Tiedge und der Meißner-Affaire wissen wir ja schon, daß die Sicherheitsdienste der Bundesrepublik Deutschland in ihrem eigentlichen Metier nur dem Amüsement des Publikums dienen, die fiktional-literarische Potenz bei weitem ihre professionelle Potenz übertrifft, und eher für die Bundesrepublik Deutschland als für ihre potentiellen Gegner eine Gefahr darstellen.

Tatsächlich haben sich die höheren Ebenen der Sicherheitsadministration der Bundesrepublik Deutschland klandestine, rechtsfreie und parlamentarisch-politisch nicht kontrollierte illegale Räume, Strukturen und Handlungskorridore geschaffen. Neben den verfassungsmäßigen und an Recht und Gesetz gebundenen Staat hat sich ein zweiter, ein "Schattenstaat" etabliert.

Mit der Mossad-Connection haben BND und Bundeswehr ihre gesetzlichen Aufgabengebiete weiträumig umgangen. Jürgen Seifert hat auf die enge nachrichtendienstliche Aufgabendefinition des BND-Gesetzes hingewiesen, die ausdrücklich eine geheimdienstliche Aufgabenstellung ausschließt und vor der Mentalität der "schwarzen Reichswehr" gewarnt. Tatsächlich betreiben Bundeswehr und BND eigenständig Außen- und Außensicherheitspolitik.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzzeichen  
mit dem  
Regierungssymbol



An dieser Stelle muß zwingend an das letzte Jahr entdeckte geheime NATO-Guerilla-System, das in Italien unter 'Gladio', in der Bundesrepublik Deutschland 'stay behind', 'Schweigenetz', aber auch als 'Technischer Dienst des Bundes Deutscher Jugend', firmierte, erinnert werden. Mit Wissen des deutschen Verfassungsschutzes und der US-Militärs etablierte sich in den 50iger Jahren eine illegale 'Partisanentruppe'. Diese schattenstaatliche Struktur wurde mit dem geheimen NATO-offiziellen Schweigenetz fortgesetzt. Diese Strukturen wurden für den V-Fall und für die Strategie der Spannung bereitgehalten. Für diese Fälle hielten sie Proskriptionslisten bereit.

Die Erfahrung aus Weimar war, keine militärische Struktur jenseits der Bundeswehr zu erlauben, die der Nazi-Diktatur, keine jenseits der Legalität operierenden Geheimdienste zu installieren. Durch die Übernahme des Führungs- und operativen Personals von Wehrmacht, Wehrmachtsabwehr, SS und Gestapo durch Bundeswehr und Nachrichtendienste war die Einhaltung dieser Prinzipien von Beginn an fraglich. Der BND ist wie bekannt die freiheitlich-demokratische Fortsetzung der Nazi-Wehrmachts-Geheimdienstabteilung 'Fremde Heere Ost'.

Illegale militärische Strukturen und 'wehntechnische Zusammenarbeit' - damals mit der Roten Armee - kennzeichneten die 'schwarze Reichswehr' der Weimarer Republik. Bei der Gedächtnisqualität von Herrn Stavenhagen, der grundsätzlich nichts weiß, und dem Führungsprofil von Herrn Porzner, der der Verantwortung nicht flüchten will, was zwar ehrenhaft ist, aber nicht weiterhilft, ist zu fürchten, daß sich auch in der Bonner/Berliner Republik eine 'schwarze Bundeswehr' etabliert. Höchststrichterliche Rebulistik bei der Unterscheidung der Aufgabenstellung von Stasi und freiheitlichen Diensten hilft nicht weiter: es geht jetzt darum, stasi-ähnliche Schatten von Bundeswehr und Nachrichtendiensten aufzuheben.

Bei den Sicherheitsdiensten reiht sich dieser Waffendeal ein in eine lange Liste unplanmäßiger Vorkommnisse: verbotene Inlandsaufklärung durch den BND, Lauschangriffe, Bombenattentate (Celler Loch), Auftragsfinanzierung durch die Industrie, Verkopplung mit privaten Diensten (Mauss), die unvergessenen Affären um General Kießling und den bayrischen Staatsschutzchef, der sich ausgerechnet in 'konkret' ausgreifte.

Der Unterschied zu der Panzeraffaire: die jeweiligen CDU- und FDP-Minister waren auch die politischen Auftraggeber.

Natürlich müssen auch die Fehlleistungen erwähnt werden, in denen die Dienste versagten: die Rüstungshilfen für Libyen und den Irak, die Entwicklungen in Osteuropa, die Stasi-Connection der RAF.

In der Welt der Legenden, Märchen und Fiktionen sei der Rückgriff auf einen Meister der Illusionen und der Unterhaltung gestattet: von dem US-Regisseur John Ford ist das Diktum überliefert, das uns die Legenden unter allen Umständen erhalten bleiben müssen, auch wenn dadurch Geschichte nicht authentisch wiedergegeben wird. Damit die Geschichte der bundesdeutschen Geheimdienste endlich authentisch wiedergegeben werden kann, müssen die von den Diensten eigenproduzierten Legenden verabschiedet werden.

(/11.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**"Skandalchronik der Nichtachtung kreativer Frauen"**  
Zur Studie des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, die die  
Benachteiligung von KünstlerInnen bestätigt

Von Barbara Weller MdB  
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Wer kennt nicht die sonntägliche Fernsehsendung "100 Meisterwerke aus den großen Museen der Welt"? Zwischen 1983 und 1988 lag der Anteil der hier gezeigten Kunstwerke, die von Frauen geschaffen wurden, bei bescheidenen drei Prozent. Jahrhundertlang war Kunst reine Männersache. Die Kataloge der 14 bedeutendsten öffentlichen Kunstsammlungen in Deutschland weisen nur 7,4 Prozent Künstlerinnen auf. Diese Praxis des Umgangs mit weiblichen Kunstschaaffenden in fast allen Bereichen hat sich bis heute kaum verändert: Der "Goldene Bär" der Berliner Filmfestspiele zum Beispiel wurde noch nie an eine deutsche Regisseurin verliehen!

Dies geht aus einer Untersuchung zweier Wissenschaftlerinnen der Gesamthochschule Kassel hervor, die in den letzten Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft erstellt wurde.

Von jeder Mark aus der Öffentlichen Hand, die für Produktion und Präsentation von Werken der bildenden Kunst, des Film und des Designs ausgegeben werden, kommen nur 15 Pfennige Künstlerinnen zugute. Die Kasseler Studie geht davon aus, daß der Anteil der Frauen an den bildenden Kunstschaaffenden in den alten Bundesländern heute bereits bei 35 Prozent liegt. Auf international bedeutsamen Ausstellungen sowohl im Jahre 1989 als auch im Jahre 1991 lag der Frauenanteil jedoch bei nur jeweils zwölf Prozent.

Bereits 1984 hat die SPD-Bundestagsfraktion in einer Großen Anfrage zur Kulturpolitik auf die katastrophale Lage der Frauenkunst hingewiesen. 1987 mußte die Bundesregierung zugeben, daß Künstlerinnen in der Zeit von 1982 bis 1986 beim Ankauf von zeitgenössischen Kunstwerken zur kulturellen Repräsentation des Bundes lediglich zu 14 Prozent berücksichtigt worden waren, für ihre Arbeiten wurden nur elf Prozent der entsprechenden Haushaltsmittel ausgegeben, das heißt Frauenkunst war nicht nur unterrepräsentiert, sondern auch unterbezahlt! Ohnehin schätzen von den bildenden Künstlern fast 25 Prozent ihr Monatseinkommen auf unter 1.400 DM, 14 Prozent davon auf unter 1.000 DM; das Problem stellt sich bei selbständigen Künstlern und Künstlerinnen noch schärfer dar (Jahreseinkommen bei selbständiger künstlerischer Tätigkeit nach der Einkommensteuerstatistik 1986 zum Beispiel 35.480).

Im Bereich Film und Medien sieht es nur teilweise besser aus: Während bei experimentellen Filmen und Kurzfilmen Frauen zu mehr als 30 Prozent anzutreffen sind und bei den Studierenden zum Beispiel der neu gegründeten Kunsthochschule für Medien in Köln Frauen in der Mehrheit sind, sind die dort tätigen Dozentinnen weit in der Minderheit (zwei von 13). Bei der Filmförderung gibt es kaum finanzielle Unterstützung für regieführende Frauen; und in nur 2,8 Prozent der Spielfilme, die zwischen 1986 und 1988 in deutschen Fernsehprogrammen gezeigt wurden, führten Frauen Regie.

**Gezielte Frauenförderung nötig**

Der Mißstand ist erkannt. Doch um ihn zu beheben, ist endlich eine gezielte Frauenkunst-Förderung nötig, die es den Künstlerinnen ermöglicht, sich intensiver als bisher in den Kunstbetrieb einzubringen. Auch in diesem Berufszweig stehen die Frauen vor dem alten Dilemma: Nach einer fundierten Ausbildung sind sie gezwungen, sich unter der Doppel- oder Dreifachbelastung von Beruf, Familie und Kindererziehung gegen eine männliche Konkurrenz durchzusetzen. Der Kunstmarkt bedarf der ständigen Intervention durch die Kunstschaaffenden, die erhebliche Zeit auch für die Präsentation ihrer Werke, für die Kontaktpflege in der Kunst-, Galerie- und Mäzenatenszene verwenden müssen. Zeit, die den Künstlerinnen meist fehlt. Die SPD-

Fraktion hat während der Beratung zur 1. Novellierung Künstlersozialversicherung gefordert, Wiedereingliederungsmöglichkeiten nach erwerbslosen Zeiten, wie Kindererziehungszeiten, gezielt für künstlerisch kreative Frauen einzuführen, insbesondere die künstlerische Nachwuchsförderung muß auf die speziellen Bedürfnisse junger Frauen abgestellt werden, hier müssen vor allem die Altersgrenzen flexibel gehandhabt werden, da junge Künstlerinnen durch die Familiengründung und die damit verbundene Belastung häufig bereits kurz nach dem Studium in ihrer künstlerischen Entwicklung gebremst werden.

Schließlich muß der Unterrepräsentanz von Frauen in kulturellen und künstlerischen Berufsfeldern auch dadurch wirksam begegnet werden, daß die entsprechenden Entscheidungs- und Beratungsgremien nach der Forderung der SPD quotiert werden. Damit wäre ein wesentlicher Schritt getan, daß auch die Kreativität von Frauen in unserer Gesellschaft in Zukunft gleichberechtigt berücksichtigt wird.

Das Leben der modernen Menschen wird in zunehmenden Maße von Kunst und Kultur geprägt; die kreativen Leistungen von Künstlern und Künstlerinnen beeinflussen das Wachstum des Medien- und Kulturbereichs, wodurch ja sogar direkt und indirekt zum Entstehen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten in der Gesamtwirtschaft beigetragen wird. Diese Möglichkeiten der Beeinflussung sollten daher verstärkt auch den weiblichen Künstlerinnen geboten werden.

(-/11.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### Was muß noch geschehen, um die Gefahren zu erkennen?

Der Direktorumvorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. h.c. Heinz Galinski, sprach in einer Gedenkstunde zur Reichspogromnacht in der deutschen Hauptstadt. Wir veröffentlichen Auszüge aus seiner Rede.

"... wenn ich mich heute an jene Nacht zurückerinnere, werden in meinem Gedächtnis Straßennamen gegenwärtig, die mit Namen von Berliner Synagogen verknüpft sind: Fasanenstraße, Levetzowstraße, Prinzregentenstraße, Oranienburger Straße... - noch lange könnte diese Liste fortgesetzt werden. Eine solche Erinnerung ist schmerzhaft, denn sie versetzt uns in eine Zeit zurück, als in dieser Stadt jüdisches Leben pulsierte, als Berlin mit einer 173.000 Mitgliedern starken Jüdischen Gemeinde die fünfgrößte jüdische Metropole der Welt darstellte. Sie ist besonders schmerzhaft angesichts der Erkenntnis, daß eine solche Zeit unwiederbringlich der Vergangenheit angehört.

Der stolze Bau des deutschen, und in der Folge dann des ganzen europäischen Judentums, mit seinen vielfach vorbildlichen Einrichtungen auf dem religiösen, sozialen und kulturellen Sektor - seit dieser Nacht ahnten wir alle, daß all das zum Untergang, zur Vernichtung verurteilt ist. Und unsere Ahnung sollte von der Wirklichkeit in ihrer Brutalität noch weit übertroffen werden. Die ganze Vielfalt von Institutionen und Organisationen, die das jüdische Leben bis dahin ausmachten und bereicherten - das alles sollte in den darauffolgenden Monaten und Jahren ein jähes Ende nehmen, und die Flammen der Nacht des 9. November 1938 waren der sichtbare Vorbote der Katastrophe.

Diese Flammen sind damals von der sprichwörtlichen schweigenden Mehrheit ignoriert worden, man versuchte wegzusehen, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen. Und auch das war einer der Gründe dafür, daß sie sich strafflos ausbreiten konnten, daß sie später den ganzen europäischen Kontinent erfaßt haben, mit Millionen von Toten und weiten Landstrichen verbrannter

Erde in Trümmern als Folge. Und selbst heute, bald fünfzig Jahre nach dem Bezwingen der national-sozialistischen Kriegs- und Mordmaschinerie, kann nicht mit endgültiger Sicherheit die Frage beantwortet werden, ob sich der Kontinent von diesem Inferno schon erholt hat.

Bei allen Bemühungen, die von vielen Ländern unternommen worden sind, müssen wir uns damit abfinden, daß die Welt nie wieder so aussehen wird, wie einst. Viele werden diese Tatsache bedauern, manche werden sie vielleicht schlicht zur Kenntnis nehmen. Man hält uns manchmal vor, daß wir dieser vernichteten, dieser unwiederbringlich verschwundenen Welt nicht ständig nachtrauern können. Die so sprechen, mißverstehen unser Gedenken. Wir verweilen nicht bei der Vergangenheit, um uns der Gegenwart zu verschließen. Wir bewahren vielmehr die Erinnerung, weil wir wissen, daß die Geschichte ein wichtiger, ja vielleicht der beste Lehrmeister für die Gegenwart und ein unverzichtbares Instrument zur Gestaltung einer besseren gemeinsamen Zukunft ist.

Seit vielen Jahren wehren wir uns mit allen bescheidenen Mitteln, die uns als einer dezimierten Gemeinschaft zur Verfügung stehen, gegen die Prozesse des Vergessens und des Verdrängens. Die fangen schon bei Gedankenlosigkeiten an, wie dem Gebrauch des zynischen Ausdrucks "Kristallnacht" für die Barbarei der Pogrome vom 9. November. Sie setzen sich fort mit leichtfertigen historischen Vergleichen und Aufrechnungen zwischen dem planmäßigen und systematischen Morden von Holocaust und historischen Verbrechen anderer Nationen. Sie steigern sich im verbohnten Herabsetzen der Zahlen der Ermordeten und vorgetäuschten Zweifeln an der längst erwiesenen Praxis der Mordmaschinerie. Und sie gipfeln schließlich in frechen Versuchen, den Alliierten das Installieren der Vergasungsanlagen in den Vernichtungslagern im nachhinein anzulasten. All das geschieht wohlgerne ohne nennenswerten Widerspruch unter den Augen der Öffentlichkeit.

Ich meine, die so leichtfertig mit der Erinnerung umgehen, sollten sich einmal in die Situation eines Menschen hineinversetzen, der all das Unaussprechbare am eigenen Leib erleben mußte, der mit ansah, wie um ihn herum Menschen in Massen ermordet werden. Soll man, ja kann man da überhaupt schweigen nach solcher Vergangenheit, wenn man Zeuge von Begebenheiten wird, die darauf hinweisen, daß die Lehren aus der Geschichte nicht gezogen worden sind?

Man hört heutzutage viel über das Nationalbewußtsein sinnieren. An und für sich ist ein Nationalbewußtsein die natürlichste Sache der Welt - solange es wirklich natürlich ist und nicht herbeigeredet werden muß. Die Voraussetzung dafür bildet allerdings das individuelle Bewußtsein, das Bewußtsein der mündigen Persönlichkeit als Menschen. Wer seine menschliche und nationale Identität in Einklang miteinander zu bringen versteht, wird sich und andere vor Ausbrüchen eines übersteigerten Nationalismus zu bewahren wissen.

Es wäre gewiß nicht jetzt zu den Übergriffen in zahlreichen Städten und Dörfern nicht nur der neuen Bundesländer gekommen, wenn die dort Anwesenden - sei es als Täter, sei es als passive oder emuntermde Beobachter - das Geschehen einer Prüfung der ungebrochenen menschlichen Identität eines mündigen Bürgers unterzogen hätten. Hier ist der Rechtsstaat im doppelten Sinne zur Verantwortung gefordert. Zum einen muß er sein Durchsetzungsvermögen gegenüber den Gesetzesbrechern beweisen und darf vor der Erpressung nicht kapitulieren. Zum anderen ist er den Bedrohten im vollen Ausmaß den nötigen Schutz schuldig. Die Erfahrung vor und nach dem 9. November 1938 lehrt uns, daß wenn heute Gewalt gegen die Schwächsten und Schutzlosen in Hoyerswerda und Greifswald geduldet wird, werden die Täter morgen auch nicht davor zögern, Gewalt gegen andere Teile der Gesellschaft, ja gegenüber dem Rechtsstaat selbst anzuwenden. Allgemeine Menschenrechte, wie sie in einer UN-Deklaration unter dem Eindruck des Geschehens der Zeit von 1933-45 verkündet und später über den KSZE-Prozeß zur Grundlage der heutigen Veränderungen wurden, begründen auch eine weltweite Pflicht zur Solidarität mit denen, die - wo auch immer - verfolgt werden. Wir bekennen uns zu dieser Verpflichtung und erheben unsere Stimme gegen jeden, der Menschenrechte verletzt, gleichgültig womit er sein Tun zu rechtfertigen versucht.

Die Täter könnten kaum so brutal und frech auftreten wenn ihnen von Seiten der Bevölkerung entschiedener entgegengetreten würde. Auch die Elternhäuser kann ich nicht von ihrer Verantwortung frei sprechen, wenn sie gegenüber ihren Kindern die Aufsichtspflicht verletzen und zulassen, daß so viele Jugendliche heute an den Übergriffen beteiligt sind.

Wenn Bundespräsident Richard von Weizsäcker trotz der Vorkommnisse in den letzten Wochen und Monaten das Aufkommen eines neuen Rechtsradikalismus in Deutschland bestreitet, muß ich ihm zu meinem Bedauern energisch widersprechen. Was muß denn noch in diesem Lande geschehen, um die Gefahren des Rechtsradikalismus zu erkennen?

Gerade gestern mußten wir erfahren, daß sich zwei rechtsterroristische Vereinigungen in den neuen Bundesländern gebildet haben. Wir erwarten, daß nun auch die notwendigen Konsequenzen getroffen werden, um ein neues Unheil zu verhüten. Das gilt ebenso für führende Personen der Ku-Klux-Klan-Bewegung, die jetzt in Deutschland auch ein neues Betätigungsfeld entdeckt haben.

Ich sage es nicht zum ersten Mal, aber ich werde nicht müde, es zu wiederholen: mit das schlimmste an der Pogromnacht war, daß keiner, auch nicht der geringste passive Widerstand seitens der Bevölkerung angedeutet wurde. Man hätte ja völlig straflos an den danachfolgenden Abenden dem Kunst- und Kulturbetrieb der Großstädte fernbleiben können, um durch einen solchen Boykott die Mißbilligung mit der vollbrachten Barbarei des Regimes zum Ausdruck zu bringen. Aber am 10. und 11. November füllten sich die Theater- und Konzertsäle als sei nichts geschehen. Als seien in der Nacht davor in Deutschland nicht die Epochen der Renaissance, des Humanismus und des Rationalismus zusammen mit den brennenden Thora-Rollen in den Synagogen dem Feuer überantwortet worden, als sei nicht das Mittelalter von neuem ausgebrochen...".

\*

"Die Lehre aus der tragischen Periode, der heute unsere Erinnerung gilt, kann nur der Glaube an eine bessere Zukunft und an eine Menschheit sein, in der sich die Schrecken nicht wiederholen dürfen. Ich weiß es gehört viel Glaubenskraft und Optimismus dazu, in der Welt wie sie heute aussieht, mit ihr Intoleranz und ihrer Verbohrtheit, mit den schwelenden und den akuten Kriegen, mit sozialen und machtpolitischen Kämpfen, eine solche Vision einer besseren Zukunft zu entwickeln. Aber wenn je Menschen und Völker den Glauben daran verlieren würden, wäre es das Ende sinnerfüllter menschlicher Geschichte. Geburt und Tod, Glück und Trauer sind allen Menschen gemeinsam. Es ist daher sinnvoll, daß wir uns heute in dieser Stunde - einer Stunde des gemeinsamen Gedenkens jüdischer und nichtjüdischer Menschen - verbeugen vor allen Toten, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ihr Leben lassen mußten, in der Hoffnung, daß uns und denen die nach uns kommen, weitere Tage des Gedenkens an tragische Ereignisse erspart bleiben."

(-/11.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*